

# Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags. Bezugspreis halbmöndlich 65 Pfennig frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr monatlich 1.50 Mk. Einzelnummern 10 Pf. Girokonto Nr. 50 bei der Oberamtspostkasse Reutenburg Zweigst. Wildb. Bankkonto: Enztalbank Komm.-Gel. Hübner & Co. Wildbad. Postkontonummer Stuttgart. 29 174.

Anzeigenpreis: Die einpaltige Pettzeile oder deren Raum im Bez. Grundr. 12 Pfg., außerh. 15 einschl. Inf.-Steuer. Wellenzeile 30 Pfg. Rabatt nach Tarif. Für Offerten u. bei Auskunftsstellung werden jeweils 10 Pfg. mehr berechnet. Schluß der Anzeigennahme tägl. 8 Uhr vorm. In Konkursfällen od. wenn gerichtl. Beitreibung notw. wird, fällt jede Nachlagewähr. weg.

Druck, Verlag und Schriftleitung Theodor Gsch in Wildbad, Wilhelmstraße A 151; Wohnung: Charlottenstraße 221

Nummer 72

Februar 1929

Wildbad, Freitag, den 27. März 1925

Februar 179

60. Jahrgang

## Ein vergessener Gesichtspunkt

In der Finanzgebarung des Reichs ist es zur Gewohnheit geworden, Steuern über den Finanzbedarf hinaus zu erheben. Die sogenannten Steuermildrungen am Schluß des vergangenen Jahres haben nur einen geringen Einfluß auf die seit langem gewohnten monatlichen Ueberschüsse der Reichsfinanzverwaltung ausgeübt. Der Februar ergab wieder einen Gesamtüberschuß von 110,6 Millionen Mark und bleibt dabei innerhalb der gewohnten Grenze, die durch einen durchschnittlichen Ueberschuß von 107 Millionen Mark in den letzten Monaten gekennzeichnet wird. Das sind etwa 18 v. H. der Einnahmen, was zweifellos eine sehr überraschende Zahl darstellt.

Bei aller Hochachtung vor dem finanzpolitischen Grundsatz, daß zu hohe Ueberschüsse der Staatsverwaltung beinahe ebenso bedenkliche Folgen haben können wie zu geringe Erträge, weil sie zu verschwenderischer Geldverwendung und Mißhandlung der wirtschaftlichen Interessen eines Landes zu führen pflegen, wird man, wenn man die Dinge richtig sieht, keineswegs geneigt sein, der Reichsfinanzverwaltung schwere Vorwürfe darüber zu machen, daß sie im vergangenen Jahr etwas allzu fiskalisch gerechnet hat. Es handelte sich doch darum, die Inflationszeit zu überwinden, deren Schrecken, wie es scheint, schneller in Vergessenheit geraten sind, als wünschenswert ist. Daß man dabei genötigt war, von vornherein mit niedrigen Einnahmen zu rechnen, und mit brutaler Faust diesen niedrigen Einnahmen die Ausgaben anpassen mußte, war unvermeidlich. Nachdem aber erkannt war, daß der Inhalt des Füllhorns, das keine Gaben in die Reichsstaatskasse entleerte, doch wesentlich unterschätzt worden war, geboten grundlegende volkswirtschaftliche Erwägungen, möglichst bald den Zustand eines allzugroßen Ueberschusses zu beseitigen. Die Verwendung der erzielten Ueberschüsse ist teilweise bedenklicher als der Umstand, daß sie überhaupt erzielt wurden. Wie in so manchen anderen Fällen darf man auch hier sagen, daß die Nachkriegszeit bei den zuständigen Behörden Erwägungen und Methoden gestärkt hat, deren Fehlern wir in der Vorkriegszeit als einen Vorzug unserer Staatsverwaltung zu betrachten pflegten.

Noch deutlicher tritt diese veränderte Einstellung der Finanzbehörden gegenüber den Anforderungen eines gefundenen Fiskalismus bei der Bernachlässigung der wichtigen Frage, wie die Ausgaben der Staatsverwaltung beeinflusst werden soll, hervor. Das gilt nicht nur von der Finanzverwaltung, sondern auch vom Parlament. Auch diese Körperschaft geht an der Frage der Beschränkung der Ausgaben, wenn es irgend angeht, vorüber, was hoffentlich nicht darauf zurückzuführen ist, daß die Herren Reichstagsabgeordneten noch immer keine Anstalten gemacht haben, ihre gegenüber der Vorkriegszeit durch einen während der Inflationszeit gefassten Verlegenheitsbeschuß um über 150 Prozent erhöhten Diäten wieder zu vermindern und die einfache Anstandspflicht zu erfüllen, die für den Reichstagsabgeordneten als Diäteneinnehmer aus öffentlichen Mitteln durch die Tatsache gegeben wird, daß er der einzige mit öffentlichen Mitteln Bedachte ist, der höhere Bezüge hat als in der Vorkriegszeit. Die Ausgaben von Reich, Staat und Gemeinden in der Vorkriegszeit sind nicht zehntausend Heller und Pfennig zu ermitteln. Sie werden aber unter Hinzurechnung der Einnahmen der Betriebe öffentlicher Körperschaften auf etwa 8 Milliarden zu veranschlagen sein. Rechnen wir dagegen die Gesamtbelastung zusammen, die aus allen Quellen gegenwärtig auf dem deutschen Volk ruht, so kommt man zu etwa 10 Milliarden. Dabei wurde in der Vorkriegszeit das deutsche Volkseinkommen auf 40 bis 45 Milliarden veranschlagt, während den Sachverständigen, die das Dawes-Gutachten vorbereiteten, amtlich 24 Milliarden Mark als geschätztes Volkseinkommen bekannt gegeben wurde. Natürlich ist jetzt mit einer Erhöhung des Volkseinkommens zu rechnen, über deren Maß die Phantasie aber den weitesten Spielraum hat. Unbestritten ist die Tatsache, daß das deutsche Volk sich heute Ausgaben leistet, die höher sind als die Ausgaben in der Vorkriegszeit, obgleich es inzwischen verarmt und wichtiger Erwerbsquellen beraubt worden ist. Wenn man sehr wohlwollend rechnet, wird man sagen können, daß die Ausgabenerhöhung gegenüber der Vorkriegszeit ungefähr der eingetretenen Geldentwertung entspricht. Aber selbst, wenn man unterstellt, das sei richtig, so bleibt die Tatsache bestehen, daß in der Ausgabewirtschaft der öffentlichen Körperschaften keine Rücksicht auf die Veränderung der deutschen Wirtschaftslage genommen wird. Außerdem sind in der hier angeführten Rechnung die Entschädigungslasten natürlich nur in dem gegenwärtig eingeschrankten Umfang enthalten. Die Ausgabenseite wird um diese Verpflichtungen in den nächsten Jahren noch erheblich steigen.

Wir besitzen noch immer eine Sparkommission, die aber, wie es scheint, nach vollzogenem Beamtenabbau, der, auf das Jahr berechnet, nach den Berechnungen der Beamtenverbände eine Ersparnis von 84 Millionen Mark

## Tagespiegel

Zur Aufwertungsfrage wird amtlich mitgeteilt, daß die Darlegung der Stellung der Regierung zu dieser Frage baldigt zu erwarten ist.

Im Reichsfinanzministerium beginnen am Mittwoch nächster Woche die Verhandlungen mit den Beamtenverbänden über die Neuregelung der Gehaltsfragen. Der Verband der Berliner Industriellen hat auch die neuen Lohnforderungen der Arbeiterschaft wegen Untragbarkeit und allgemeinen Rückgangs der Aufträge abgelehnt. Man rechnet mit neuen Lohnkämpfen zu Anfang April.

Präsident Coolidge beriet mit dem auswärtigen Ausschuß des Senats über die Möglichkeit einer Abrüstungskonferenz. Senator Borah erklärte, er bezweifle, daß die augenblickliche Lage in Europa ihrem C-folge förderlich sein werde.

Nach dem ägyptischen Unterhaus wird nunmehr auch der Senat aufgelöst werden. Diese Maßnahme ist die Folge der Wahlreform, die gegenwärtig im Auftrag der Regierung von einem eigenen Ausschuß ausgearbeitet wird.

eingebracht hat, offenbar ihre Tätigkeit zunächst eingestellt hat. Dabei soll sie eigentlich mit ihren Sparmaßnahmen jetzt erst beginnen. Nachhaltige und finanziell ins Gewicht fallende Ersparnismaßnahmen sind nur durchzuführen, wenn sie begleitet werden von einer Vereinfachung der Verwaltung im Reich, bei den Ländern und Gemeinden. So können hier nicht nur enorme Summen erspart, sondern auch Änderungen der Verwaltungsmethoden und ihres Geschäftsganges erzielt werden, die auch in anderer Hinsicht sehr wohltätig wirken. Aber diese Seite unserer Finanzwirtschaft bleibt so gut wie unerörtert. In den Steuervorlagen der Regierung wird in der Hauptsache die Einkommenseite behandelt, im Besetz über den Finanzausgleich befindet sich eine Rechnung, wonach der Zuschußbedarf der Länder 45 v. H. höher ist als im Jahr 1914, während für die Gemeinden ein sogar um 50 v. H. höherer Zuschußbedarf angenommen wird. Aber die Frage, ob das berechtigt ist, wird gar nicht erst gestellt. Der sächsische Finanzminister hat vor einigen Tagen darauf hingewiesen, daß der durch Steuern u. Abgaben zu deckende Staatsbedarf im Jahr 1914 91,7 Millionen betragen habe, während er heute auf 192,7 Millionen angewachsen ist. Wie ist das alles in Einklang mit unserer Lage zu bringen?

Unter normalen Verhältnissen sollen Steuern aus dem Volkseinkommen gezahlt werden, ohne daß ein starker Druck auf die Lebenshaltung und die Kapitalbildung ausgeübt wird. Bei uns aber werden die Steuern zum Teil aus der Substanz bezahlt, zum Teil voll bei der Preiskalkulation vorher eingerechnet; sie wirken daher als einer der nachteiligsten Preisbestimmungsgründe. Hand in Hand mit der so bewirkten Erhöhung des Preisstands geht aber eine künstliche Herabdrückung der Lebenshaltung der Arbeiter, Beamten und Angestellten und eine Erschwerung der so dringend notwendigen Kapitalbildung. Die hierdurch bewirkten sozialen Spannungszustände müssen sobald wie möglich beseitigt werden. Das ist einer der Hauptgesichtspunkte, die die deutsche Finanzpolitik ins Auge fassen sollte. Seine Durchführung ist aber nur möglich, wenn sich einer auch aus außenpolitischen Gründen in gewisse Grenzen gebannten Steuermildrungen eine erhebliche Einschränkung des Ausgabenbedarfs der öffentlichen Körperschaften hinzugesellt.

## Dr. Jarres in Stuttgart

Auf Veranlassung des Reichsblochs für Württemberg sprach am Mittwoch der Reichspräsidentenkandidat Oberbürgermeister Dr. Jarres zuerst nachmittags vor einem geladenen Kreis im Stadtpark und abends in zwei Massenversammlungen in der Liederhalle und im Dinkelader-Saalbau.

Nach herzlicher Begrüßung durch den Vorsitzenden des Reichsblochs in Württemberg, Landgerichtspräsidenten a. D. v. Wanger, führte Dr. Jarres aus, es handle sich bei der Wahl nicht um Personen, sondern um die Sache. Es müsse jemand über den Parteien stehen und unabhängig von ihnen gefunden werden, der das Vertrauen des Volkes besitze. Er habe die Verpflichtung übernommen, sich wenigstens in den Hauptstädten vorzustellen, nicht um Stimmen zu fangen, sondern um die Stimmung zu festigen. Nun sei er nach dem Schwabenland gekommen das ihm nicht unbekannt sei. Als Ziel des Kampfes bezeichne er die Erneuerung des Staates auf nationaler, christlicher und sozialer Grundlage. Wir wollen keine glatte Wiederkehr der alten Verhältnisse. Wir wollen aber in Ehrfurcht auf das Gute in der Vergangenheit blicken und das Gute nicht herunterreißen lassen. Aber wir wollen auch keine Geldsak-

republik. Der Kampf um Rhein und Ruhr sei äußerlich zwar nicht gewonnen worden, aber innerlich von großem Wert gewesen. Das deutsche Volk habe wieder Vertrauen zu sich selbst und die Achtung der Welt gewonnen. Der Kampf wird sich im Enderfolg als reicher Gewinn herausstellen. Gegenüber den Angriffen wegen seiner angeblichen Versackungspolitik betonte er, er habe während des Ruhrkampfes recht und schlecht seine Pflicht getan. Wenn man jetzt seine Tätigkeit heruntersetze und ihn als Rheinländer zweiter Klasse hinstelle, so wehre er sich dagegen. Als der passive Widerstand aufgegeben werden mußte, weil er über unsere materielle Kraft ging, habe er eine starke deutsche Politik vertreten. Er habe vorgeschlagen, zu erklären, daß auch wir so lange vom Friedensvertrag entbunden seien, bis die Ruhereinbrecher vertragsmäßige und völkerrechtlich-mäßige Zustände wieder hergestellt hätten. Dies sei keine Katastrophenspolitik. Der Weg stielte wohl gewaltige Anforderungen an die Nervenkraft des deutschen Volkes. Er sei der Ueberzeugung gewesen, daß durch diese Zulassung der Lage die internationale Einmischung erfolgen müsse. Damals sei man in der Verzweiflung zu Vorschlägen gekommen, die weit katastrophaler waren. Man habe mit dem Gedanken gespielt, mit den Feinden zu verhandeln, um einen autonomen Rheinstaat zu errichten. Der Redner betonte, daß ihm diese Auseinandersetzungen außerordentlich peinlich seien, da nur der Feind daran seine Freude haben könne. Er betonte weiter, daß der einzige Trost daran sei, daß die Gefahr für das Rheinland überwunden und der Kampf um den Rhein zu Deutschlands Gunsten endgültig entschieden sei. Wir müßten auf allen Gebieten eine nationale Außenpolitik treiben, aber nicht im nationalistischen Sinne, sondern würdig und besonnen, unter Ablehnung aller pazifistischen und internationalen Gedankengänge. Wir seien grundsätzlich bereit, in den Völkerbund einzutreten, aber nicht bedingungslos, sondern wollten unseren Platz nur dann dort einnehmen, wenn wir gleichberechtigt seien. Beim Eintritt sei es unsere besondere Aufgabe, das Interesse der nationalen Minderheiten zu wahren. Hier in Stuttgart sei es besonders das Deutsche Auslandsinstitut, das die Interessen der Deutschen der Diaspora und im Ausland wirkungsvoll vertrete. Des weiteren wandte sich der Redner gegen die Kriegsschuldfrage, gegen die anzukämpfende Pflicht jedes Deutschen sei. Die Wahnsinnsurteile vom November 1918, das deutsche Volk habe auf der ganzen Linie gesiegt, hätten sich als Lug und Trug erwiesen. Mit Schmach empfinde man, daß die Reinheit des öffentlichen Lebens geschwunden sei. Mit den heutigen Verhältnissen seien wir nicht zufrieden. Trotzdem müßten wir Achtung vor dem grundlegenden Verfassungsgelehr von Weimar haben, aber nicht, als ob wir in diesem Gesetz das Ideal der deutschen verfassungsrechtlichen Möglichkeiten sähen. Eine Änderung dürfe jedoch nur auf verfassungsmäßigem Wege und in organischer Fortbildung, aber nicht auf gewalttätigem Wege herbeigeführt werden. Mit der Achtung der Verfassung verbinde sich die Ehrfurcht vor der Vergangenheit. Wir müßten Brücken schlagen zwischen dem alten Deutschland und einem neuen glücklicheren Deutschland der Zukunft. Wir wollten weiter sozial sein im Sinne eines gefundenen sozialen Fortschrittes. Sozial heiße aber nicht sozialistisch. Er wolle nicht den Klassenkampf, sondern den Frieden unter den Berufsständen. Der Mittelstand müsse erhalten bleiben. Die bodenständige Kapitalkraft sei ebenso nötig wie die Förderung der Arbeitskraft. Als weitere Forderungen führte er an: Bernünftige Wirtschaftspolitik, gerechte Aufwertung, Befreiung der Wirtschaft von überflüssigem Zwange und Hebung der Kreditnot, sowie eine gerechte Steuerpolitik. Zum Schluß gedenkt der Redner der Leistungen des Grafen Zeppelin, der dem deutschen Volk den Glauben an sich selbst gestärkt habe. Wir wollen dem Beispiel des alten schwäbischen Grafen folgen und unermüdet und unverdrossen eine neue Zukunft aufbauen. Der Redner schloß mit einem Hoch auf das württembergische Land. Die Rede erzielte stürmischen Beifall.

Nach Schluß brachte die Menge Dr. Jarres begeisterte Huldigungen dar.

## Reichswehrminister Dr. Gessler für die Kandidatur Hespach

Stuttgart, 26. März.

Zu einer nachwolligen Kandidatur für die Reichspräsidentenkandidatur des badischen Staatspräsidenten Dr. Hespach gestaltete sich die Versammlung, die die Deutschdemokratische Partei in die Stadtparkhalle einberufen hatte. Der Andrang war ungeheuer und unzählige konnten keine Karten mehr bekommen. Als Reichswehrminister Dr. Gessler, den die Deutschdemokratische Partei für diesen Abend gewonnen hatte, am Rednerpult erschien, brante ihm begeisterter Beifall entgegen. Nach Dankworten für diese herzliche Begrüßung kennzeichnete der Reichswehrminister die große Schwierigkeit der Aufgaben, die der Reichspräsident zu erfüllen hat. Mit sicherem Takt die Fäden in der Hand halten, so daß die Geschäfte des Reichs keinen Schaden erleiden, müsse der Reichspräsident. Eine ungeheuer

Schwierige Aufgabe! Diese wunderbaren Eigenschaften des Geistes und des Talents, die zur erfolgreichen Führung der Reichspräsidenten erforderlich sind, habe Friedrich Ebert in hervorragendem Maße besessen. Hätte man den Lebenden Reichspräsidenten auch nur einen Teil seiner Anerkennung dargebracht, die man, auch in Kreisen, wo man ihn sonst bekämpfte, nach seinem Tode gesollt hat, — so wäre das Leben des verstorbenen Reichspräsidenten gewiß weniger glänzend gewesen, als es in den letzten fünf Jahren gewesen ist. (Starker Beifall.)

Der Reichspräsident dessen Wahl bevorsteht, muß sein Einverständnis mit Klugheit und Bedacht verhandeln, daß das deutsche Volk durch den Parteihader Schaden erleidet. Das erfordert ein hohes Maß von Selbstlosigkeit und Charakterstärke. Im Sinne einer Zusammenfassung aller Volkskräfte muß der Reichspräsident wirken. Zum Vode der Demokratie darf ich sagen, daß sie stets in diesem Sinne gearbeitet hat. (Starker Beifall.) Die Arbeit der Demokratie war immer getragen von dem gemeinsamen Verantwortungsgefühl für die Zukunft. In diesem Sinne haben wir unsere Führer erzogen. Das hat uns in Gegenwart gebracht zu den Parteien rechts und links. Die Parteien rechts von uns sind nicht losgekommen von der Vergangenheit und den Parteien der Linken fehlte vielfach das Verständnis für die hohen Werte, die auch in der Vergangenheit liegen. Es wäre falsch, die Vergangenheit irgendeiner verleugnen zu wollen, aber wir wissen, daß unter nationalem Leben verknüpft ist mit der Zukunft. In diesem Sinne muß sich der Reichspräsident auf seinen Präsidentenstuhl setzen. Er darf keine Vorbehalte machen. Er muß sich loyal auf den Boden des jetzigen Staates stellen. (Starker Beifall.) Er darf sich nicht zweideutig machen. (Stärklicher Beifall.) Ein seinem obersten Führer muß sich das deutsche Volk jede Zweideutigkeit verbitten. (Wiederholter Beifall.)

Der große schöpferische Wille, den unser Volk braucht, steht noch aus. Es sind nicht die Demokraten, die die Grenzen im Westen garantieren. (Sehr richtig!) Und wäre es da schlecht gegangen. (Zustimmung.) Jetzt erkennen auch die anderen, daß man selbst dem Volk trohen muß, wenn es gilt, den rechten Weg fürs Vaterland zu gehen. Vielleicht wäre dieser Weg denjenigen, die ihn jetzt gehen müssen, leichter geworden, wenn sie früher nicht etwas ganz anderes versprochen hätten. (Lebhafter Beifall.) Vielleicht wird da eine Lösung gefunden werden müssen, die uns in nationaler Hinsicht auch härteste trifft. Aber es ist kein anderer Weg möglich, um zu einer Forderung unserer Fesseln zu kommen. Wenn wir so die Aufgabe ins Auge fassen, die des Reichspräsidenten harrten, so haben wir ein moralisches Recht, für unsere Kandidaten zu werden, mag er durch die Politik, die wir, die Demokraten, getrieben, die Gemüter beizet, daß er in der Richtung eines zielbewußten Aufbaus arbeiten wird. (Bravo!)

Wir haben einen unserer besten Mann herausgestellt, einen Mann, zu dem wir unbegrenztes Vertrauen haben. (Stärklicher Beifall.) Einen Mann, der befähigt ist, Brücken zu schlagen zwischen Vergangenheit und Zukunft. Unser Bedarf ist ein Mann der besten Qualitäten, ein moderner Mann, der sich das Studium der Volkseele zum Lebensstudium gewählt und mit beiden Füßen im Leben steht. Und er besitzt vielleicht auch die Gabe, in seinem Amt glücklicher und froher zu sein, als sein Vorgänger, und vielleicht ist es ihm beschieden, das deutsche Volk wieder glücklicher und froher zu machen. Das ist das große Ziel der deutschen Demokratie! (Minutenlanges stürmisches, immer wieder einsetzendes Beifall.)

## Neue Nachrichten

### Zur Reichspräsidentenwahl

München, 26. März. Die Polizeidirektion hat die für morgen geplanten national-sozialistischen Versammlungen, in denen Hitler über „Die nationale Opposition und die Reichspräsidentenwahl“ sprechen wollte, verboten. Dazu teilt der „Bölkische Kurier“ mit, daß die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei die Reichspräsidentenwahl wegen des Verbots dieser Versammlungen anfechten werde.

Generalfeldmarschall v. Hindenburg wendet sich mit folgender Erklärung an die Öffentlichkeit: „Aus mir unbekanntem Gründen, vielleicht in der Absicht, dadurch eine Zerspaltung der Stimmen herbeizuführen, ist in den letzten Tagen das falsche Gerücht verbreitet worden, daß ich für mich den Präsidentenposten erstrebe. Ich erkläre demgegenüber, daß ich nach wie vor unentwegt an der Kandidatur Sarres festhalte.“

### Die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen

Berlin, 26. März. In den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen ist die Entscheidung über die direkten Eisenbahnverbindungen zwischen Polen und Deutschland und über den Warenaustausch in den Unterausschüssen gefallen. Der Bericht über die gemeinsame Sitzung der deutschen und polnischen Abordnung ist aber erst zu Ende nächster Woche zu erwarten, da die finanziellen Regelungen der neuen Vorschläge zurzeit noch erörtert werden und die polnischen Vertreter erst am nächsten Dienstag aus Warschau zurückkehren.

### Neue Verfassungen im Falle Kautskers

Berlin, 26. März. Im Falle Kautskers wurde auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft Berlin 1 Rechtsanwalt

Dr. Beck verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis abgeführt. Dr. Beck steht in dem Verdacht der Verdunkelung zugunsten seines Klienten, des gleichfalls in Untersuchungsgefängnis befindlichen früheren Staatsbankbeamten Kersten, für den er angeblich aus dem Untersuchungsgefängnis die Beförderung von Kassibern übernommen haben soll. Außer Rechtsanwalt Beck ist Kaufmann Großbe unter der Beschuldigung verhaftet worden, in Verbindung mit der Kautsker-Affäre Scheckfälschungen vorgenommen zu haben.

### Hamburg und Preußen

Hamburg, 26. März. In der Bürgerschaft gab Bürgermeister Dr. Petersen eine Erklärung der neuen Regierung ab. Es sei den Hamburgern bekannt, daß es in Preußen Kreise gebe, die da glaubten, es bestehe die Möglichkeit, daß Hamburg seine Selbstständigkeit aufgeben könne. Diese Kreise verkennten Hamburg und seine Aufgaben für Deutschland, die es niemals als Teil eines Staates wie Preußen in gleichem Umfang erfüllen könne. Preußen dürfe allerdings nicht verkennen, daß für Hamburg die Notwendigkeit bestehe, die Verhandlungen über die grohhamburgische Frage im deutschen Interesse baldigst zum Abschluß zu bringen. Wenn diese Verhandlungen ergebnislos blieben, dann müsse die Hamburger Regierung mit einem Plan an die Bürgerschaft herantreten, der zwar Hamburgs Interessen einseitig wahrere, aber nicht als natürliche Lösung im deutschen Interesse angesehen werden könne.

### Die Lage der Reichspost

Berlin, 26. März. Im Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost teilte Reichspostminister Stingl mit, daß im Jahr 1924, dem ersten Jahr seit dem Inkrafttreten des Reichspostfinanzgesetzes, die auf dieses Gesetz gesetzte Erwartung in Erfüllung gegangen seien. Die Gebührenermäßigung habe leider beträchtliche Einnahmeausfälle gebracht. Der im Voranschlag von 1924 vorgesehene Ueberfluß von 29 Millionen werde aber sicher erreicht werden. Jetzt gelte es, den Geist der Wirtschaftlichkeit immer mehr zur Anerkennung zu bringen und damit den eigentlichen Sinn des Reichspostfinanzgesetzes in seinen letzten Auswirkungen zu erfassen. Für 1924 und 1925 sehe der Voranschlag Ueberflüsse an die allgemeine Reichskasse nicht vor. Die Reichspost betrachte es aber als ihre selbstverständliche Aufgabe und ihre nationale Pflicht, das Reich möglichst bald in den Genuß von Postersparnissen zu setzen. Der Berichterstatter zum Posthaushalt erklärte, daß an eine Ermäßigung der Gebühren vorläufig nicht gedacht werden könne. Schließlich nahm der Verwaltungsrat eine Vorlage über einige Änderungen der Postgebühren und der Postordnung an, die der kleineren Presse Erleichterungen verschafft.

### Deutsches Festhalten an der Forderung der Räumung Kölns

Paris, 26. März. Der Berliner Berichterstatter des „Matin“ meldet seinem Blatt, daß Reichstanzler Dr. Luther in den letzten Tagen bei einer diplomatischen Besprechung erklärt habe, Deutschland werde auf keinen Fall in den Völkerbund eintreten, solange die Frage der Räumung Kölns nicht zum Vorteil Deutschlands gelöst sei. Die Aufstellung dieser Bedingung sei nichts anderes als die Forderung, die im Versailler Vertrag enthaltenen Verpflichtungen durch die Verbündeten erfüllen zu lassen. (Diese Mitteilung des „Matin“ wird hoffentlich den seit Wochen gegen Deutschland gerichteten Ausstreunungen ein Ende bereiten. D. S.)

### Englisch-französischer Meinungsaustrausch

Paris, 26. März. Der französische Botschafter, De Fleuriau, ist nach London zurückgekehrt. In politischen Kreisen glaubt man, daß er mit umfassenden Vollmachten seiner Regierung ausgerüstet ist, auf Grund deren man einen eingehenden Meinungsaustrausch der alliierten Regierungen erwartet. Zu einem förmlichen Notenwechsel über das deutsche Sicherheitsangebot dürfte es jedoch vorläufig noch nicht kommen. Man verspricht sich von der Stellungnahme der verbündeten Botschafter übereinstimmend ein ersprießliches Ergebnis. — Die französische Presse ist auch heute sehr ungehalten über Chamberlains Unterhausrede. Die Regierung sei kaum bereit, Zugeständnisse zu machen und werde vor der Aufnahme von Verhandlungen in der Sicherheitsfrage den bedingungslosen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund fordern.

### Amerikas Optimismus

Newyork, 26. März. Amtliche Kreise sprechen sich über die Einstellung Chamberlains zu den deutschen Vorschlägen und über diese selbst äußerst optimistisch aus. Der gleiche zufriedene und hoffnungsvolle Ton spricht auch aus Presseäußerungen. Man beurteilt jetzt die Lage allgemein dahin, daß ein neuer und entscheidender Schritt zur Regelung der

politischen Lage in Europa getan ist, der Erfolg versprechend sein kann, wenn die von England eingeschlagene Politik auch im politischen Lager der übrigen Länder Wurzel faßt.

### Balfours Empfang in Palästina

Jerusalem, 26. März. Lord Balfour ist heute hier eingetroffen. Der Nationalkongress von Palästina veröffentlichte eine Erklärung, in der es heißt, daß die Mohammedaner und Christen in Palästina die Opfer der Erklärungen Lord Balfours seien, durch die in Palästina auf Kosten der früheren Bewohner ein jüdisch-nationales Zentrum geschaffen werden soll. Um gegen die Erklärungen Lord Balfours zu protestieren, wird im ganzen Lande die Arbeit eingestellt werden, die Mohammedaner werden sich in ihren Moscheen versammeln und für die Befreiung Palästinas beten. Alle Behörden werden sich weigern, mit Lord Balfour zusammenzutreffen. Der Besuch der heiligen Stätten wird ihm untersagt werden. Die Zeitungen werden mit Trauerrand erscheinen und in englischer Sprache Artikel gegen die Erklärungen Lord Balfours bringen. Die englische Regierung ist davon verständigt worden, daß sie für alle Zwischenfälle während des Aufenthaltes Lord Balfours in Palästina die Verantwortung zu tragen hat.

## Württemberg

Stuttgart, 26. März. Der Fall Wieland. Amtsrichter Wieland aus Ulm hatte sich vor dem Disziplinargerichtshof für richterliche Beamte wegen Beschimpfung der Einrichtungen der katholischen Kirche und wegen Beleidigung des Ulmer Oberbürgermeisters, Dr. Schwammberger, zu verantworten. In der Anklage wird betont, daß das Auftreten Wielands ihn für die weitere Ausübung eines richterlichen Amtes unwürdig gemacht habe. Der Vertreter der Anklage beantragte Dienstentlassung. Das Urteil lautete auf Veretzung in ein Amt gleichen Rangs bei gleichen Gehaltsätzen unter Uebertragung der Kosten auf den Beschuldigten.

Der neue sächsische Gesandte. Die sächsische Regierung hat den Ministerialrat im einstweiligen Ruhestand Johannes Georg Schmidt zum sächsischen Gesandten bei der württembergischen Regierung mit dem Wohnsitz in München ernannt.

Die Aprilbezüge der Staatsbeamten sind nach einem Erlass des Finanzministers am Dienstag im vollen Monatsbetrag auszuzahlen.

### Aus dem Lande

Waiblingen, 26. März. Im Rathausaal fand eine Besprechung statt, an der Stadtschultheiß Vogel und die Industrie von Waiblingen, sowie die Leiter der Ausstellung „Das Schwäbische Land“ teilnahmen. Unsere Stadt will neben den 50 anderen Städten, die sich bereits zur Teilnahme gemeldet haben, nicht zurückstehen. Die hiesige Industrie mit ihrer Vielseitigkeit und ihrem starken Entwicklungsdrang wird in unserer Ausstellungsabteilung durch Fertigfabrikate und Werdegänge dem Besucher zeigen, was Waiblingen als Industriestadt leistet. Vielleicht kann Waiblingen auch als Sitz von Gartengroßbetrieben durch Blumen seine Rolle besonders schön gestalten.

Badnang, 26. März. Verhaftung. Die beiden Bürschen, die auf den Ausläufer einer hiesigen Lederfabrik einen Ueberfall gemacht und ihm 7000 Mark abgenommen hatten, wurden in Leipzig verhaftet.

Billingendorf, 26. März. Bei der Schultheißenwahl erhielt der leitende Amtsinshaber Schultheiß Anton Gaiselmann 388 von 405 gültig abgegebenen Stimmen.

Geislingen, 26. März. Die Leitung der Ausstellung „Das Schwäbische Land“ gab den Vertretern unserer Stadt und Industrie Gelegenheit, sich in einer persönlichen Besprechung über die Möglichkeiten einer Beteiligung Geislingens an der Ausstellung zu unterrichten. Die Unterstützung seitens der hiesigen Industrie, die Heranziehung historischer und landschaftlicher Materials gibt die Gewähr für eine würdige Besichtigung der Ausstellung. Ein Arbeitsausschuß wird die Sammlung und Ordnung des Materials in die Hand nehmen.

## Baden

Karlsruhe, 26. März. Dienstagabend wurde beim Rondeau ein 24 Jahre alter Hausburche von einem Personkraftswagen angefahren, zu Boden geworfen und lebensgefährlich verletzt.

## Das einsame Schloß.

Roman von Erich Eberlein.

Urheberschutz durch Stuttgarter Romanzentrale  
E. Klermann, Stuttgart.

„Ja, mein Vetter, das scheint wirklich etwas für Dich! Da kannst Du mal Deinen Scharfsinn wieder anstrengen, um daraus Flug zu werden! Mir aber kannst Du helfen, des Täters habhaft zu werden.“

„Den Deine hochlöbliche Polizei sozusagen vor den Augen entwischt ließ.“

„Aha, ich sehe mit Befriedigung, daß Du bereits unterrichtet bist.“

„Nur insoweit die Tagesblätter den Tatbestand brachten: Ein alter Mann, der bei der Steuereinnahmestruwe Wantoch ein Zimmer gemietet hatte, wurde, während die Quartiergeberin ihren Morgeneinkauf besorgte, in seinem Zimmer auf besonders grausame Art erstochen, nachher beraubt. Der Täter flüchtete auf den Pusbalkon der Wohnung und von da in eine Vorratskammer der Nebenpartei, wo ihn eine alte Magd entdeckte und sojalech nach der Polizei schrie, die auch gleich zur Stelle war. Trotzdem entkam er über das Dach des anstoßenden Hauses spurlos. Stimmt das?“

„Vollkommen.“

„Silas Hempel ließ sich durch seinen Freund Was,mut nicht aus der Ruhe bringen.“

„Allem Anschein nach also ein gemeiner Raubmord“, konstatierte er.

„Dem Anschein nach — ja! Aber vielleicht stecken doch noch allerhand Dinge dahinter, die sich jetzt in ihrer Bedeutung noch nicht richtig abschätzen lassen. Da ist zum Beispiel die Person des Ermordeten. Weist Du, daß er,

wie ich aus den hinterlassenen Papieren ersehe, einem unserer ältesten Adelsgeschlechter angehört und gar nicht Rosen heißt?“

„Sondern?“

„Meinrich Freiherr von Rosenknecht. Sein Vater wanderte im Jahre 1914 nach Australien aus, trieb sich lange auf den Südeez-Inseln herum und heiratete zehn Jahre später eine deutsche Erzieherin aus verarmter, aber guter Familie. Der Ermordete ist ein Sohn aus dieser Ehe und wurde 1857 in Sydney geboren. Sein Vater hatte es ihm dringend ans Herz gelegt, nach Europa zurückzukehren, Anschluß an die Familie Rosenknecht zu suchen und dort den Platz einzunehmen, der ihm durch seine Geburt gebühre.“

Meinrich schob diesen Entschluß immer wieder hinaus. Erst als alter Mann, nachdem seine Eltern verstorben waren, entschloß er sich, seine Plantagen zu verkaufen und das Versprechen, das er seinem Vater gegeben, zu erfüllen. Nach einer sehr schwierigen und umständlichen Reise erreichte er endlich vor drei Monaten die Heimat seines Vaters. Hier fand er alles anders, als er erwartet hatte: die beiden jüngeren Brüder seines Vaters, Meinrich und Bodo waren tot, Freiherr Meinrich, der das Stammjoch der Rosenknecht in Besitz gehabt, war kinderlos gestorben. Bodo Rosenknecht hatte wohl einen Sohn hinterlassen, doch hatte sein Onkel es durch testamentarische Bestimmungen dahin gebracht, daß dieser vom Erbe seiner Väter ausgeschlossen wurde. Schloß Gallenhofen kam dadurch in fremde Hände.“

„Warte einen Augenblick“, jagte Hempel, der aufmerksam zugehört hatte, „gab es da nicht einen langwierigen Prozeß um diese Rosenknechtsche Erbschaft?“

„Natürlich. Den alten Bodo Rosenknecht traf der Schlag, als er von seines Bruders Testament erfuhr, und sein Sohn Erwin, der auf Grund eines angeblich existierenden Hausgesetzes das Testament ansocht, prozessierte jahrzehntelang mit der Familie Romberg um das Erbe. Da es ihm aber nie gelang, die Existenz dieses Hausgesetzes nachzuweisen, verlor er den Prozeß und soll aus Gram darüber bald nachher gestorben sein.“

„Sinterließ er Kinder?“

„Nur eine Tochter, die an einen Major verheiratet war und zur Zeit des Prozesses in Wien lebte. Nach dem Tode ihres Mannes soll sie mit ihrer Tochter von dort weggezogen sein.“

„Hat der Ermordete sich mit ihr in Verbindung gesetzt?“

„Er wollte es, kam aber vorderhand nicht dazu, weil seine Bemühungen, sich vor allem wieder in den Besitz des Schlosses Gallenhofen zu setzen, seine Zeit vollauf in Anspruch nahmen. Ich entnahm dies und manche andere Tatsache einem Tagebuch des Ermordeten, das in seinem Nachlaß gefunden wurde. Er scheint es kurz vor Antritt seiner Reise nach Europa begonnen zu haben und es legt Zeugnis ab für die vornehme und warmherzige Denkart des Schreibers.“

Aus jeder Zeile spricht die Sehnsucht nach etwaigen noch lebenden Blutsverwandten und dem Schloß seiner Vorfahren, das ihm aus Schilderungen seines Vaters außerordentlich lieb und vertraut geworden zu sein schien. Ueber den Prozeß war er nur wenig informiert. Aber sein erster Schritt hier war, Gallenhofen wieder in seinen Besitz zu bringen.“

(Fortsetzung folgt.)



# Wählt Jarres,

den Kommunisten und Franzosen mißhandelt haben und der Kommunisten und Franzosen gegenüber tat, was er für Deutschland zu tun schuldig war!

## Sparer, Hypothekenbesitzer!

Laßt Euch nicht durch zersplitternde Bestrebungen und Flugblätter irre machen! Stimmenthaltung schadet gerade den alten Sparern!

**Pfannkuch**  
 PHANKO  
 stets frisch gerösteter  
**Kaffee**  
 reinschmeckend  
 1/2 Pfund  
**75**  
**Phanko-Kaffee**  
 auserlesene Mischung  
 1/2 Pfund-Paket  
**90**  
**Meßmer-Kaffee**  
 allerfeinste auserlesene Mischung  
 1/2 Pfund-Paket  
**1.90**  
 Verlangen Sie die bekannten Phanko u. Meßmer-Packungen.  
**Pfannkuch**

**Linden-Lichtspiele**  
 Freitag abend 1/2 9 Uhr  
 Sonntag nachm. 4 Uhr und abends 1/2 9 Uhr  
 Das große Pracht-Programm  
**SAID**  
**Ein Volk in Ketten**  
 ein Völkerschicksal aus vergangenen Tagen  
 in 7 Akten.  
 Der  
**Ehemann als Hausmädchen**  
 Lustspiel in 1 Akt.  
**Meisterschaft**  
 VON  
**Deutschland und Oesterreich**  
**im Skilaut 1925**  
 am 7. und 8. Februar in Kitzebühel.  
 Frisch eingetroffen:  
 Kabeljau, Pfund 35 Pfennig  
 Merlan, Pfund 40 Pfennig  
 Schellfisch, Pfund 80 Pfennig  
 und empfiehlt  
 Adolf Blumenthal.

**Mandolinen-Verein Wildbad.**  
 Samstag, den 28. März 1925  
 abends 1/2 9 Uhr im Saale der „Alten Linde“  
**Frühjahrs-Konzert**  
 unter gütiger Mitwirkung auswärtiger Solisten.  
 Beginn pünktlich 1/2 9 Uhr. Näheres Programm.  
 Eintrittspreis: 1 Mk., Mitglieder 30 Pfg.  
 Das Programm berechtigt zum freien Eintritt.

**Gasthaus zur „Eintracht.“**  
 Morgen Samstag und Sonntag  
**Schlachtpartie**  
 wozu freundlichst einladet  
 B. Burz.

Empfehle ab heute  
**Original Vollweizenschrot-Brot,**  
 ohne Hefe, ohne Sauerteig hergestellt,  
 4 Stunden gebackt, aus dem Weghornwerk, Schwabach.  
 Für Magenleidende, Diabetiker usw. sehr zu empfehlen.  
 Zu haben bei:  
**Hermann Pfau, Olgastr.,**  
 neben dem Rathaus.

**Pfannkuch**  
 PHANKO  
 Eingetroffen:  
 größere Sendung  
 vollfrische schwere  
**Italiener-Eier**  
 10 Stück  
**1.18**  
 extra schwere  
 vollfrische  
**Trinkeier**  
 10 Stück  
**1.38**  
**Pfannkuch**

Qualitäts-  
**Kinderstiefel**  
**und Halbschuhe,**  
 weiß, braun und schwarz,  
 in allen Größen!  
**Schuhhaus Hermann Luz.**

# Zur Reichspräsidentenwahl!

Samstag, 28. März, abends 8 Uhr,

findet in der Turnhalle ein

## Vaterländischer Abend

mit Ansprachen für die Kandidatur Jarres, umrahmt von musikalischen und deklamatorischen Darbietungen, statt, wozu Männer und Frauen aus Wildbad und Umgebung freundlich eingeladen sind.

Wirtschaft ohne Trinkzwang!

Der überparteiliche Ausschuß.